

It's the property, stupid.

Mit Oskar Negt und Grundgesetz: Gewerkschaftliche Bildung über Eigentumsverhältnisse tut Not – von Sascha Regier*

Wenn in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit über die demokratische Ausgestaltung gesellschaftlicher Räume und Selbstbestimmung von Beschäftigten reflektiert wird, müssen auch die Eigentumsverhältnisse der Gegenwartsgesellschaft und ihre Folgen in den Blick genommen werden, so benennt Sascha Regier, selbst in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit bei ver.di aktiv, ein Defizit in den Bildungsprogrammen und schließt damit an den Beitrag zu Vergesellschaftung von Ralf Hoffrogge im letzten express an.

Soziale Ungleichheit

Die zunehmende soziale Ungleichheit sowie die Ausbreitung der Erwerbsarmut stellen nicht nur subjektiv für die armen Bevölkerungsschichten, welche zunehmend von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden, ein massives Problem dar. Die Folgen manifestieren sich auch auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene: Das Gefühl des Nicht-Mitbestimmen-Könnens und der Fremdbestimmung in zentralen Lebensbereichen – unter anderem im Betrieb, wo die Tarifbindung weiter abnimmt und Betriebsratsgründungen mitunter gezielt bekämpft werden – ist ein Nährboden rechtsautoritärer Einstellungen. Nicht nur die AfD, sondern das gesamte »metapolitische« Vorfeld der Neuen Rechten – zu dem auch die selbsternannte rechte »Gewerkschaft« Zentrum gehört – instrumentalisiert die soziale Ungleichheit für ihre exkludierenden Ziele. Geflüchtete und Migrant:innen werden für soziale Probleme verantwortlich gemacht, ihre rechtliche Ausgrenzung und reale Deportation gefordert. Gegen Migration und Flüchtlinge gerichtet behauptet beispielsweise Björn Höcke (AfD), die »Neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts« verlaufe nicht mehr zwischen »Oben und Unten«, sondern zwischen »Innen und Außen«. (Erwerbs-)Armut wird hier bewusst nicht mit kapitalistischen Eigentums- und damit Klassenverhältnissen begründet, sondern ethnisert und kulturalisiert. Der für den Kapitalismus grundlegende Gegensatz von Kapital und Arbeit wird in der rechten Propaganda durch die angebliche Dichotomie von »Volk« und Migrant:innen ersetzt. Dass die AfD keine Politik für die unteren Einkommensschichten macht, sondern ihr Programm auf die Verbesserung der Lage von Vermögenden und Unternehmen ausgerichtet ist, tut ihrem Erfolg dabei bekanntermaßen keinen Abbruch.

Demokratiegefährdende Eigentumskonzentration

Spiegelbildlich zur Verarmung großer Bevölkerungsanteile konzentriert sich die Marktmacht und wächst der Hyperreichtum von Tech-Milliardären wie Elon Musk, Jeff Bezos und Mark Zuckerberg. Besonders problematisch daran ist die Verbindung der Silicon Valley-Unternehmen zur rechten Trump-Administration: Über soziale Netzwerke wie X, Facebook und Co. werden gezielt Falschmeldungen und rechtsautoritäre Narrative verbreitet und Menschen gegeneinander ausgespielt. Dabei wirken die demokratisch nicht legitimierte Tech-Konzerne auf die Gesetzgebung der EU ein, um Regulierungen zum Schutz vor Hass- und Gewaltaufrufen zu verhindern. Ihre Intention ist dabei nicht die behauptete Durchsetzung der »Meinungsfreiheit«, sondern die Steigerung ihrer Marktmacht und Unternehmensrendite. Es zeigt sich: Wenn Eigentum konzentriert und nicht

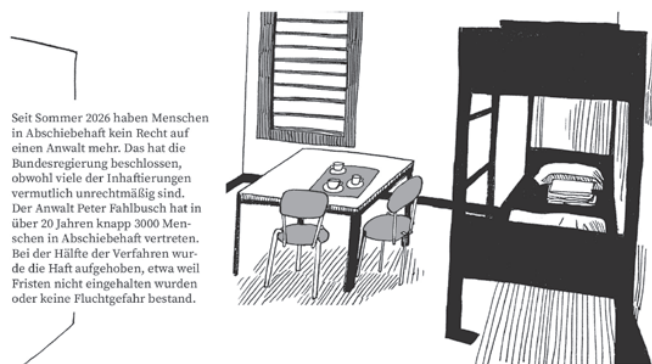
demokratisch legitimiert ist, geschweige denn überwacht, gehen damit demokratiegefährdende Auswirkungen im globalen Maßstab einher.

Dies gilt auch für andere Bereiche: Wohnungskonzerne erzielen »Übergewinne«, während Mieter:innen kaum ihre Miete zu zahlen vermögen und durch Gentrifizierung aus den Innenstädten verdrängt werden. Dax-Unternehmen schütten ihren Aktionär:innen Rekorddividenden in Milliardenhöhe aus, während den abhängig Beschäftigten Lohnsteigerungen verwehrt werden. Kapitalerträge und Erbschaften werden weiterhin viel geringer besteuert als Arbeit. In Deutschland lässt sich durch Vermögen anstrengungslos reicher werden, während bestimmte Segmente der Beschäftigten trotz harter Arbeit mit Armutslöhnen abgestraft werden.

Paradoxerweise führt dies jedoch kaum zum kollektiven Aufschrei oder zur öffentlichen Skandalisierung. Statt politischer Forderungen nach einer Vermögenssteuer, höheren Erbschaftssteuern, sozialstaatlicher Umverteilung, mehr betrieblicher Mitbestimmung oder gar Vergesellschaftung grundlegender

sich die soziale Ungleichheit nur verringern, wenn die Eigentumsfrage gestellt wird: Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien ebenso wie der Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung sowie eine Verstaatlichung von Banken und Versicherungen. Folglich müssen die Eigentumsverhältnisse öffentlich problematisiert werden – und das gibt auch das Grundgesetz her.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Parlamentarischen Rat auf Druck von SPD und KPD die Möglichkeiten der Vergesellschaftung beschlossen, was in den Artikel 15 des Grundgesetzes einging und bis heute Bestand hat – trotz Versuchen der FDP, diesen zu streichen. In der Nachkriegszeit forderte auch der neu gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien wie Stahl, Chemie und Bergbau und schrieb dies noch in den 1980er Jahren in seinem Grundsatzprogramm fest. Selbst die CDU hatte im Ahlener Programm 1947 die Sozialisierung der Schlüsselindustrien gefordert. Bekanntermaßen kam es jedoch in der BRD nicht zu einer sozialistischen Umgestaltung der



Infrastruktur entlädt sich die Wut über die gesellschaftlichen Verhältnisse in einem Treten nach unten – angefeuert durch politisch Verantwortliche und liberal-konservative Medien, die im »Klassenkampf von oben« gegen angebliche faule Arbeitsunwillige, Bürgergeld-beziehende oder den Sozialstaat auszunutzende Migrant:innen hetzen. Dieser rechte Vibe-Schiff liefert die ideologische Begleitmusik für den realpolitischen Beschluss des Sozialstaats durch die Merz-Regierung.

Vergesellschaftung des Eigentums?

Die Beurteilung der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung verbleibt oftmals auf einer moralischen Ebene: Sie sei durch unfaire Entlohnung bedingt. Dass soziale Ungleichheit aus den kapitalistischen Klassen- und damit gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen resultiert, findet in der öffentlichen Debatte kaum Beachtung. Dadurch verschwindet aus der Diskussion auch die politische Option, einen sozialen Ausgleich durch grundlegende Eingriffe herzustellen, sei es durch Maßnahmen der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, sei es durch Demokratisierung der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen und betrieblichen Herrschaftsverhältnisse durch die Vergesellschaftung bestimmter Güter (u.a. von Produktionsmitteln wie Maschinen und Fabriken sowie Grund und Boden). Armutsforscher wie Christoph Butterwegge argumentieren, dass es nicht ausreichend sei, lediglich über Umverteilung zu diskutieren, denn diese setzt erst nach der Produktion an. Stattdessen ließe

organisiert werden soll, im Sinne Oskar Negts dazu beitragen, den strukturell bedingten Klassenantagonismus als Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Bildung zu setzen.

Kein Kollektiveigentum im Kapitalismus

Im Kapitalismus ist idealtypisch das Eigentum rechtlich im Besitz der Unternehmer:innen, deshalb ist es Privateigentum. Es fungiert als Ausschließungsrecht gegenüber anderen. Privateigentum ermöglicht für den/die Eigentümer:in »exklusive Verfügungsgewalt«. Privateigentum an Produktionsmitteln bedeutet, dass wesentliche Entscheidungsbereiche, die umfassende Auswirkungen auf die Gesellschaft haben, der kollektiven Entscheidungsfindung entzogen sind. Auch Immobilienkapital (Grundstücke, Häuser), das Wohnzwecken dient, und das Geld- und gewerbliche Kapital (Gebäude, Ausrüstungen, Maschinen, Patente usw.), das von den Unternehmen genutzt wird, ist im Kapitalismus als Privateigentum organisiert. Im Gegenwartskapitalismus treten zusätzlich noch Aktionär:innen auf den Plan, welche – sofern sie über Aktien in relevanter Anzahl verfügen – Einfluss auf Unternehmen nehmen können.

Innen gegenüber steht die zahlenmäßig viel größere eigentumslose Klasse der Lohnabhängigen. Sie müssen in der Arbeit Anweisungen gehorchen und können folglich nicht mitbestimmen über Unternehmensstrategien, Arbeitsgestaltung etc. Hier drückt sich eine fundamentale Machtasymmetrie aus. Daran ändert auch die Institution des Betriebsrats nichts.

Aus den unterschiedlichen Eigentumsrechten lassen sich unterschiedliche Einkommensarten ableiten: Unternehmensgewinne, Renten, Mieten und Zinsen aus Privateigentum, Löhne und Gehälter aus abhängiger Arbeit. Daher ist die lohnarbeitende Klasse abhängig beschäftigt, denn sie ist zwingend auf die Einkünfte aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen, weil sie nicht oder zumindest nicht dauerhaft von Ersparnissen oder anderen Einkommensquellen leben kann. Der Reichtum der Gesellschaft wird im Kapitalismus zwar gesellschaftlich produziert, aber durch die Unternehmen privat angeeignet. Folglich ist es gerade nicht so, wie es die bürgerliche meritokratische Ideologie behauptet, dass Reichtum durch Arbeit entstünde. Sondern Reichtum entsteht aus Reichtum.

Eigentum in der gewerkschaftlichen Bildung

Das Bewusstsein über gesellschaftliche Klassen- und Eigentumsverhältnisse durch die gewerkschaftliche Bildung könnte zu einer Forderung nach einer Demokratisierung, die auch die Betriebe erfasst (Stichwort: Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung) und zu einem Zurückdrängen rechtsautoritärer Einstellungen führen.

Zudem führt die Kenntnis über den Begriff der Klasse dazu, dass bezüglich der sozialen Ungleichheit nicht mehr lediglich moralisierend oder sozialpolitisch über Umverteilung politisch diskutiert wird, sondern Ungleichheit und ein Fehlen von Mitbestimmung auf Grund der Eigentumsverhältnisse problematisiert wird. Alternative Begriffe zur Klasse wie Schicht und Milieu verschweigen durch ihre Fokussierung auf Einkommenshöhe und Lebens- und Konsumstile gerade die ökonomische Grundlage der gegenwärtigen Gesellschaft und das Eigentumsverhältnis, das den politischen Gehalt durch die widerstreitenden Interessen ausmacht: It's the property, stupid!

* Sascha Regier ist promovierter Soziologe, aktiv im Referat gewerkschaftliche Bildung der GEW NRW und Teamer bei ver.di. 2023 erschien sein Buch »Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung«.